

Die Marburger SPD
Parteitag am 4. September 2008

Antragsnummer: 7	Adressat:
Antragsteller: Vorstand	Eingangsdatum: 21.08.08
Thema: Städtische Beteiligungen	Votum: einstimmig angenommen

Stand: 22. August 2008

Die Universitäts- und Kreisstadt Marburg

fit für´s 21. Jahrhundert

- Beteiligungspapier der Marburger SPD -

1.

Die bereits gegen Ende der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts angestoßene Verwaltungsreform ist in der letzten Wahlperiode durch die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung auch in der Praxis eingeleitet worden.

Mit einem deutlich verminderten Personalbestand ist die Aufbauorganisation der Kernverwaltung neu geordnet. Drei DezernentInnen führen derzeit sechs Fachbereiche. Die weiteren Reformschritte sollen in den nächsten Jahren die Verwaltungsabläufe und das Rechnungswesen optimieren.

2.

Viele Aufgaben der öffentlichen Daseinsvor- und -fürsorge werden mittlerweile von der Stadt Marburg außerhalb der Kernverwaltung organisiert. Neben den nach dem in Marburg weit vorangetriebenen Subsidiaritätsprinzip vergebenen Aufgaben (z.B. Kindergärten oder Jugendhilfe) sind die DezernentInnen je einzeln - so wie vom OB zugeteilt - verantwortlich für spezielle städtische Einrichtungen in ihren Aufgabenbereichen.

Eine Übersicht über den Unternehmensbereich der Stadt Marburg befindet sich in Anlage 1.

3.

Dabei werden die städtischen Aktivitäten hauptsächlich in drei großen Bereichen organisiert:

3.1. Mit einem 25%igen Anteil an der Sparkasse Marburg-Biedenkopf ist die Stadt Marburg mitverantwortlich für das größte Bankhaus der Region, das seinen Wirkungsbereich unbedingt weiter ausbauen muss, um seine Stellung im Markt auch für die Zukunft zu gewährleisten. Ein Bilanzvolumen von über 3 Mrd. € und ein Kernkapital von rund 200 Mio. € belegen eindrucksvoll die herausragende Bedeutung für das Oberzentrum Marburg und sein Umland.

3.2. Mit der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft, die zu mehr als 95 % der Stadt Marburg gehört, besitzt die Stadt entscheidenden Einfluss auf die Lebensverhältnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger. Mit einem Anlagevermögen von ca. 95 Mio. € und annähernd 2.700 Wohneinheiten ist sie nicht nur mit Abstand die größte Vermieterin, sondern auch maßgebliche Vermögensverwalterin der Stadt.

Hier werden auch die weiteren Beteiligungen an Wohnungs- und Landgesellschaften verwaltet.

Die GeWoBau betreibt neben der Immobilienverwaltung und den Maßnahmen zur Stadtsanierung auch Stadtentwicklungsprojekte verantwortlich. Eine organisatorische Einbeziehung der SEG in diesen Bereich ist erfolgt, ebenso die Übernahme von Personal und Kosten im Bereich der Stadtsanierung.

Eine Veräußerung des Immobilienvermögens wird von der SPD abgelehnt.

3.3. Mit den Stadtwerken und dem Dienstleistungsbetrieb sowie den Beteiligungen im Wasser- und Abwasserbereich werden traditionell hauptsächlich der Öffentliche Personennahverkehr sowie die Ver- und Entsorgung in der Stadt organisiert.

In diesem Sektor sind direkt rund 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, und es wird ein Umsatzvolumen von über 100 Millionen Euro erzielt. Neue Aufgabenbereiche wie die aus dem Konversionsprozess entstandenen Gründerzentren und Gewerbeimmobilien arrondieren die bisherige klassische Aufgabenstellung. Hier sammeln sich die „Geschäftsrisiken“ der Stadt, mit anderen Worten: Bereiche, die starken Wettbewerbsrisiken ausgesetzt sind und sich auch am Markt behaupten müssen.

Zusätzliche Aufgaben ergeben sich weiterhin aus der Verantwortung der Stadt Marburg auch für die umliegenden Gemeinden, soweit es der Landkreis als Gebietskörperschaft nicht leisten kann oder will. So gibt es zum einen zahlreiche Kooperationsvereinbarungen mit Umlandgemeinden (z.B. Abwasser oder Entsorgung), aber auch Projekte wie das W-DSL-Angebot der Stadtwerke Marburg, mit dem wir weite, bislang unversorgte

Teile des Landkreises - und sogar über dessen Grenzen hinaus - mit schnellen Internetverbindungen ausstatten. Damit tragen wir entscheidend zur Angleichung der Lebensverhältnisse und zur Stärkung der heimischen Wirtschaft bei.

Damit eröffnen wir umgekehrt den Marburger Stadtwerken und ihren Gesellschaften Märkte und Wachstumspotentiale auf ihrem Weg zum größten Infrastrukturdienstleister der Region.

4.

Darüber hinaus legt die Stadt Marburg traditionell besonderen Wert auf eine fortschrittliche Sozialpolitik. Deswegen engagiert sie sich auch in diesen Bereichen mit eigenen Gesellschaften bzw. Beteiligungen. Dabei stehen die Altenhilfe und die Beschäftigungspolitik im Zentrum.

4.1. Die traditionsreiche Stiftung St. Jakob hat inzwischen ihr operatives Geschäft an die neu gegründete Marburger Altenhilfe GmbH übertragen. Sie selbst verwaltet mit ihrem Stiftungsvermögen die Liegenschaften am Richtsberg und Auf der Weide, die von der Altenhilfe betrieben werden. Mit dem städtischen Engagement in der ambulanten, teilstationären und stationären Altenhilfe werden Qualitätsstandards gesetzt, die beispielgebend für den Umgang mit unseren älteren, pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sein sollen. Die Marburger SPD bekennt sich ausdrücklich zu diesem Engagement und dessen Fortbestand und Weiterentwicklung in der Zukunft.

Altenarbeit in der Stadt Marburg geht weit über die Altenhilfe hinaus, sie bleibt Aufgabe der Stadt, die deren Grundlinien in ihren Gremien bestimmt. Die Marburger SPD wird ihre Vorschläge in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse einbringen.

4.2. Mit ihren Beteiligungen an den Beschäftigungsgesellschaften Praxis GmbH und Integral GmbH übernimmt die Stadt Marburg Verantwortung für einen weiteren gesellschaftlich bedeutsamen Bereich. Menschen, die auf dem sogenannten ersten Arbeits- und Ausbildungsmarkt aktuell keine Chance haben, wurde und wird hier zu Hunderten durch Ausbildung, Qualifizierung und Vermittlungshilfe geholfen.

5.

Ziel sozialdemokratischer Politik in Marburg ist es, die unter 3. und 4. genannten Aufgaben in der Regie der Stadt zu belassen. Damit sichern wir nicht nur eine ortsnahe demokratische Kontrolle, sondern auch den Einfluss der Kommunalpolitik auf diese für unsere Bürgerinnen und Bürger wesentlichen

Infrastrukturleistungen. Damit sichern wir nicht nur die Entscheidungsmöglichkeiten in der Stadt, sondern auch Qualitätsstandards, die Arbeitsplätze unserer Beschäftigten und das Steueraufkommen vor Ort.

Die Marburger SPD wird sich nach den bisherigen Erfahrungen mit der Liberalisierung des Versorgungsbereiches weiteren Liberalisierungsbestrebungen nur zuwenden, wenn erkennbare, dauerhafte Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger entstehen.

Eine Liberalisierung des Wassermarktes lehnen wir entschieden ab. Um diese Ablehnung auch überregional vertreten zu können, sollen die Stadtwerke Marburg und die Stadt der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft beitreten.

Wir halten einen Nahverkehr in öffentlicher Regie für unverzichtbar. Dem erkennbaren Rückzug der Deutschen Bahn aus dem regionalen Schienenverkehr wollen wir in Zusammenarbeit mit den hessischen Verkehrsverbänden und den betroffenen Städten und Gemeinden ein eigenes Konzept entgegensetzen. Das bisher vorgelegte Mittelhessenkonzept des RMV kann dabei nicht zufrieden stellen, zumal durch Kürzungen der Regionalisierungsmittel Verkehrsleistungen weiter eingeschränkt werden.

6.

Die für die Jahre 2002/2003 gestellten Aufgaben sind weitgehend gelöst:

- 6.1. Die bestehenden Kompostierungsanlagen sind zusammengefügt, die Gewerbemüllentsorgung ist bei der MEG organisiert.
- 6.2. Die Sanierung der SCM-Gesellschaft ist so durchgeführt, dass die Gesellschaft aus eigener Kraft den Kapitaldienst für ihre Liegenschaft tragen kann.
- 6.3. Die Stadtwerke sind zu einer erfolgreichen Unternehmensgruppe umstrukturiert worden. Dabei wurde den veränderten wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen.
- 6.4. Die Stadt hat als Aufgabenträgerin des ÖPNV zur Aufgabenerfüllung eine Lokale Nahverkehrsgesellschaft (LNG) gegründet.
- 6.5. Mit den Beschlüssen des Stadtparlaments von Sommer 2003 zum Integrationsprozess des DBM in die Unternehmensgruppe Stadtwerke, ohne die Aufgabe der Organisationsform „Eigenbetrieb“, sind auch dort die Weichen gestellt und die ersten Schritte bereits vollzogen worden.

7.

Die für die Jahre 2004/2005 gestellten Aufgaben sind ebenso weitgehend erledigt:

- 7.1. Die Integration der SEG in den GeWoBau-Bereich ist vollzogen.

- 7.2. Der Integrationsprozess des DBM in die Unternehmensgruppe Stadtwerke läuft weiter. Damit verbunden ist der Ausbau der MEG. Eine Aufgabe der Stadtgärtnerei am bisherigen Standort wird von der SPD abgelehnt, eine Flächenreduzierung ist erfolgt.
- 7.3. Die ehemalige Stiftung St. Jakob ist umstrukturiert. Die neu gegründete Altenhilfe hat ihre Arbeit aufgenommen.

8.

In der ersten Hälfte der laufenden Wahlperiode sind bereits weitere wichtige Weichenstellungen vorgenommen worden:

- 8.1. In der Wasserversorgung konnten entscheidende ökonomische Verbesserungen beim Zweckverband Mittelhessischer Wasserwerke (ZMW) durchgesetzt werden, die die Stadtwerke in den letzten Jahren als Preissenkungen an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben haben.
- 8.2. Die Abwasserentsorgung wurde sinnvoll in die bestehenden Strukturen neu eingeordnet. Das bestehende Kanalnetz wurde organisatorisch dem DBM übertragen, Unterhaltung und Neubau erfolgt durch die Stadtwerke, die damit auch den letzten städtischen Netzbetrieb in ihre Verantwortung übernommen haben.
- 8.3. Die Entscheidung über die künftige Geschäftsführung des gemeinsam mit den Nachbargemeinden Weimar und Cölbe im Abwasserverband Marburg (AVM) organisierten Kläranlagensystems wurde inzwischen zugunsten der Marburger Stadtwerke getroffen.
Eine Übersicht über die jetzt erreichte Organisation und Struktur der Marburger Wasserwirtschaft bietet Anlage 2.
- 8.4. Auf eine Eingliederung des Bäderbetriebes in die Unternehmensgruppe Stadtwerke wurde verzichtet; die Stelle der Bäderdirektorin wurde kompetent neu besetzt.
- 8.5. Neben einer deutlichen Erhöhung der Eigenproduktion von Strom sind verstärkte Bemühungen zur Sicherung und Ausweitung der Wärmeversorgung eingeleitet worden. Die Eigenstromproduktion in der Stadt Marburg wird 2008 bereits rund 8 % des Gesamtverbrauchs ausmachen. Mit dem erfolgten Baubeginn der neuen Wärmeversorgung am Richtsberg wird durch GeWoBau und Stadtwerke ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einer nachhaltigen und bezahlbaren Energieversorgung getan.
- 8.6. Der Fortbestand des städtischen Nahverkehrs in der bewährten Form wurde gesichert; die Stadtwerke Unternehmensgruppe erhielt ihr Konzessionsrecht zunächst bis 2015 verlängert.

- 8.7. Die ausgegliederten Altenhilfe-Einrichtungen haben – nach einigen ereignisreichen Monaten mit Ablösung der Geschäftsführerin und Interimsgeschäftsführung - mit der Neubesetzung der Geschäftsführung eine personelle Neuaufstellung erhalten, die die Grundlage bietet, nun erfolgreich weiter zu arbeiten.

9.

Für die nächste Zeit stehen nun folgende Aufgaben an:

- 9.1. Für eine zukunftsfähige Entwicklung der Marburger Altenhilfe stehen in der nächsten Zeit erhebliche Investitionen an, insbesondere weil der Standort Sudetenstraße sanierungsbedürftig und auf Dauer auch nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Das von der Altenhilfe vorgestellte „Drei-Häuser-Modell“ findet unsere Unterstützung. Mit Hilfe einer spezialisierten Projektentwicklungsgesellschaft wird dieses Vorhaben derzeit konkretisiert. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau soll den Standort Sudetenstraße von der Stiftung übernehmen und in Zukunft als Bauträger und Eigentümer für die Neubauten der Marburger Altenhilfe fungieren.

Der Standort Auf der Weide verbleibt als „Stammhaus“ bei der Stiftung St. Jakob. Um Stiftung und Altenhilfe von den finanziellen Lasten der Vergangenheit, die noch auf diesem Objekt liegen, zu entlasten und über eine realistische Miethöhe den wirtschaftlichen Betrieb des Hauses sicher zu stellen, bedarf es notfalls besonderer Anstrengungen der Stadt.

Die Marburger SPD spricht sich für eine umgehende Beendigung der Tariffreiheit der Marburger Altenhilfe aus; es muss zügig ein Tarifmodell gefunden oder erarbeitet werden, das den Beschäftigten wieder Sicherheit gibt.

- 9.2. Die Zusammenfassung der gewerblichen Bereiche der Stadtverwaltung in einem Eigenbetrieb hat sich im Prinzip bewährt. Die Eigenbetriebsform bleibt auf absehbare Zeit für einzelne Bereiche ohnehin unverzichtbar (z.B. Abwasser und Müllentsorgung), weil andernfalls eine 19prozentige Mehrwertsteuerbelastung zu einer unzumutbaren Gebührenerhöhung führen würde. Die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene langsame „Überführung“ von Aufgaben und Personal in die Unternehmensgruppe Stadtwerke findet statt. Der damit verbundene Personalabbau beim DBM wird durch einen deutlich größeren Zuwachs bei der MEG mehr als kompensiert.

Trotz Reduzierung der Stammbesetzung bleibt dem DBM eine weitere wichtige Aufgabe: Er organisiert zusätzliche Beschäftigung, insbesondere

für einfache Tätigkeiten und auch für Menschen mit Einschränkungen, für die sonst wenig Aussicht auf dem Arbeitsmarkt besteht. Dies kommt umgekehrt der Stadt sehr zugute, weil dies, auch mit zusätzlichen Projekten, vor allem der Sauberkeit und dem Erscheinungsbild der Stadt dient. Die Marburger SPD erwartet, dass Ihre Dezernentin diese Bemühungen fortsetzt.

- 9.3. Für das Jahr 2009 steht zum dritten Mal die Verabschiedung eines Nahverkehrsplanes für die Stadt Marburg an. Unter Leitung des Verkehrsdezernenten werden für den Zeitraum bis 2014 die Standards für Liniennetz, Verbindungen und Busqualität gesetzt.
- 9.4. Die Marburger SPD erwartet von den Stadtwerken, dass sie die Eigenstromerzeugung weiter erfolgreich ausbauen; dies schließt auch den Zubau neuer Windkraftanlagen in Marburg ein. Denn nur durch den Ausbau eigener Kapazitäten kann ungebremsten Preisentwicklungen wenigstens teilweise etwas entgegengesetzt werden. Auch der erfolgreiche Aufbau der Wärmeversorgung muss fortgesetzt werden, da er neben ökonomischen vor allem auch ökologische Vorteile mit sich bringt, wie die damit verbundene Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.
- 9.5. Die Weiterentwicklung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit dem Abschluss eines Betriebsführungsvertrages mit der GeWoBau ist zu prüfen.
- 9.6. Die Kulturdezernentin hat die mit dem Ausscheiden des langjährigen Intendanten des Hessischen Landestheaters notwendige Neubesetzung der Intendanz ab der Spielzeit 2010/2011 wie vorgesehen im kommenden Winter vorzunehmen, um die erfolgreiche Arbeit unseres Theaters bruchlos fortsetzen zu können.